



## **TOP 14 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014**

### **Anrede**

Rastede, 10. Dezember 2013

Wie bereits meine Vorredner hinreichend ausgeführt haben, ist der Haushaltsplan für 2014 ausgeglichen und wird von unserer Fraktion mitgetragen. Viele Projekte und geplante investive Maßnahmen finden unsere grundsätzliche Unterstützung: beispielhaft genannt seien hier das Beteiligungsmodell an der EWE Netz AG, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik, der Bau eines Faulturms mit Blockheizkraftwerk auf der Kläranlage und die weitere, wenn auch zeitlich gestreckte Umsetzung des Energiekonzepts für die gemeindeeigenen Gebäude.

Die zweite, wichtigere Aussage unserer Fraktion geht aber über die bloße Zustimmung zum Haushalt 2014 hinaus und bezieht sich auf die Perspektiven für den kommunalen Haushalt der Gemeinde in den nächsten Jahren. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf, denn wir konnten diese Mal den Haushalt nur durch unerwartet hohe Schlüsselzuweisungen vom Land ausgleichen. Das gelingt nur durch Glück, mehr nicht!

Dem vorgelegten Zahlenwerk ist nämlich klar zu entnehmen, dass die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen in den nächsten Jahren immer weiter auseinanderklaffen wird, wenn nicht endlich, wie von uns schon länger angemahnt, Lösungen für das Beseitigen des „strukturellen Haushaltdefizits“ gefunden werden.

Ursachen dieses „strukturellen Defizits“ liegen im deutlich gestiegenen Anteil von Fremdkapital zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen, was dazu führt, dass in Folge die Belastungen des Haushalts durch Zinszahlungen, Tilgungen und erforderliche Abschreibungen deutlich zunehmen. Trotz der durchgeführten vorbildlichen Anstrengungen zur energetischen Sanierung der gemeindeeigenen Gebäude steigen die Kosten für Energie, Personal etc. weiter an. Demgegenüber sinken die Einnahmen

aus dem Verkauf von Grundstücken, die bislang entscheidend zum Ausgleich des Ergebnishaushalts beigetragen haben.

Mit der Begründung, „**Wir haben es aber doch wieder geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen**“, drückt sich die Ratsmehrheit jetzt zum wiederholten Mal davor, Konsequenzen zu ziehen und praktiziert weiter das Aussitzen anstelle von aktivem Handeln. So unterbleiben mögliche Einnahmeverbesserungen durch moderate Anpassung von Gemeindesteuern an das Niveau der anderen Gemeinden des Ammerlandes oder die Einführung einer Oberflächenentwässerungsgebühr aus nur vordergründig bürgerfreundlichen Gründen. Selbstverständlich müssen auch Einsparmöglichkeiten geprüft werden.

Die Auswirkungen dieser Unterfinanzierung spüren wir schon jetzt. So bewegt sich die Nettoinvestitionsrate gegen Null, d.h. anstehende Investitionen müssen ausschließlich kreditfinanziert werden. Wichtige Investitionen wie die schon im letzten Jahr verschobene dringend notwendige Sanierung der Sporthalle Kleibrok müssen nochmals um ein Jahr verschoben werden. Dies gilt auch für weitere Infrastrukturmaßnahmen wie Erhaltung und Ausbau der Straßen und Fahrradwege sowie die weitere energetische Sanierung der Schulen. Hier wäre schon aktuell deutlich mehr Geld notwendig. Aber es ist kein Eigenkapital, kein Spielraum mehr vorhanden.

Dies alles ist gemeint, wenn die Finanzverwaltung schon im zweiten Jahr die strukturelle Unterfinanzierung des Ergebnishaushalts anmahnt und sich deutlich für eine Behebung dieses Zustandes einsetzt.

Wenn man die Stellungnahme unserer Verwaltung ernst nimmt, und das tun wir, müssen wir uns im Januar beginnend und nicht erst in den Haushaltsberatungen Ende nächsten Jahres, über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation umfassend informieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Ergebnishaushalts beschließen. Wir erklären hier heute unsere Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit.

Unser aktueller Beitrag wird zunächst die zeitnahe Beratung über das Ergebnis des Prüfauftrags zur Einführung der Oberflächenentwässerungsgebühr sein. Des Weiteren müssen aber auch Steueranpassungen diskutiert werden, damit sich die Gemeinde in den kommenden Jahren nachhaltig, also wirtschaftlich, ökologisch und sozial ausgewogen, entwickeln kann.

Insgesamt stimmen wir dem vorgelegten Haushalt zu, mahnen aber dringend strukturelle Änderungen an.

Gez. Sabine Eyting

(es gilt das gesprochene Wort)